

MEXIKO

Gewerkschaftsmonitor

Juli 2025

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Das heutige politische System Mexikos ist aus einer über 70 Jahre andauernden Dominanz der Partido Revolucionario Institucional (PRI) hervorgegangen. Grundlage der autoritären Machtausübung der PRI war einerseits die Einbindung der Bevölkerung in korporatistische Institutionen wie Bauernverbände, Gewerkschaften und Wirtschafts- bzw. Handelskammern, die von der PRI kontrolliert und klientelistisch gesteuert wurden, andererseits die gewaltsame Unterdrückung kritischen Widerstands, aber auch ihre Wandlungsfähigkeit. Eine Reihe von institutionellen Reformen in den 1990er-Jahren leiteten dann die demokratische Transformation ein, mit der die Opposition an Gewicht gewann und im Jahr 2000 schließlich der Machtwechsel erfolgte. Die konservative Partido Acción Nacional (PAN) stellte für zwei sechsjährige Legislaturperioden den Präsidenten. In diese Zeit fällt die Kriegserklärung an das organisierte Verbrechen durch Präsident Felipe Calderón Hinojosa (2006–2012), die zu einer Gewaltspirale führte. Die Zahl der Morde in Mexiko verdreifachte sich auf ein Niveau, das bis heute nicht gesenkt werden konnte. Nach der Rückkehr der PRI unter Präsident Enrique Peña Nieto (2012–2018), dessen Regierung vor allem durch Korruption in Erinnerung geblieben ist, folgte 2018 der Erdrutschsieg von Andrés Manuel López Obrador, kurz AMLO genannt. Sein Wahlsieg unterbrach fast zwei Dekaden demokratischer Alternanz zwischen der PRI, der PAN und der Mitte-links-Partei Partido de la Revolución Democrática (PRD). Letztere hatte eine maßgebliche Rolle für die Demokratisierung des Landes gespielt. Mit dem Versprechen umfangreicher und progressiver Reformen konnte AMLO eine breite Bewegung mobilisieren. AMLO, der sich in den beiden vorhergehenden Präsidentschaftswahlen als Kandidat der PRD nicht hatte durchsetzen können und 2012 die Partei verließ, gründete 2014 die Bewegung Movimiento de Regeneración Nacional (MORENA), die 2018 bereits als stärkste Partei aus den Wahlen hervorging. Parallel verloren die PRI und PAN auf allen Ebenen an Bedeutung, die

PRD erreichte 2024 nicht mehr die notwendigen drei Prozent an Stimmen und verlor ihre Parteiregistrierung. Viele Politiker der PRD, aber auch der PRI und in geringerem Maß der PAN finden sich inzwischen in den Reihen von Morena wieder.

López Obrador zeichnete sich durch seinen konfrontativen und polarisierenden Regierungsstil aus. Seine Regierung und sein Programm der »Vierten Transformation« verstand er als genuine Vertretung der Volksinteressen, als einen Bruch mit dem bestehenden System, das aus seiner Sicht ausschließlich zugunsten der Eliten agierte. Von seinen Kritikerinnen und Kritikern wurde AMLO nicht nur des Populismus bezichtigt. Mit Blick auf die mexikanische Geschichte wurde ihm ebenso vorgeworfen, durch die Abschaffung einer Reihe von autonomen Institutionen, die als Schranken der Exekutive im Rahmen des Demokratisierungsprozesses seit Ende der 1990er Jahren aufgebaut wurden, eine autoritäre Restauration zu verfolgen. Dieser Prozess wurde im Fall von sieben Behörden erst von der neuen Regierung umgesetzt. Die heftige Kritik am Präsidenten fand jedoch kein Echo in der Wahrnehmung der Mehrheit der Bevölkerung, seine Zustimmungswerte blieben hoch. Für viele war AMLO eine Lichtgestalt, für andere, trotz aller Zweifel, die einzige realistische Möglichkeit für einen Wandel. AMLOs Kritik an den konservativen Eliten deckte sich mit den konkreten Erfahrungen eines Großteils der Bevölkerung: den gravierenden sozialen Ungleichheiten, der Diskriminierung und Ausbeutung sowie der Gleichgültigkeit der bisherigen Politik gegenüber ihrer Situation. AMLO wurde als ein Präsident wahrgenommen, der sich erstmals um die nicht privilegierte Mehrheit der Bevölkerung kümmert. Die Diskreditierung der Regierungen der letzten Dekaden hatten sein politisches Kapital erzeugt. MORENA konnte unter seiner Führung die alte Staatspartei PRI als vorherrschende Kraft im politischen System ablösen. López Obrador konnte seine Popularität auf seine Kandidatin Claudia Sheinbaum Pardo übertragen, die für die Kontinuität seiner Politik angetreten war. Sheinbaum war aber zuvor auch als Regierungschefin von Mexiko-Stadt erfolgreich gewesen. Bei den Präsidentschaftswahlen am 2.6.2024 erreichte sie fast 60 Prozent der Stimmen und damit rund sechs Pro-

zent mehr als AMLO im Jahr 2018. Die Regierungskoalition konnte im Abgeordnetenhaus die qualifizierte Mehrheit von zwei Drittel der Stimmen, mit der sie Verfassungsänderungen vornehmen können, deutlich übertreffen. Im Senat sicherten Überläufer der anderen Parteien ebenso eine Zweidrittelmehrheit, so dass die Opposition mindestens bis zu den nächsten Wahlen 2027 bedeutungslos sein wird. Morena kontrolliert außerdem 24 der 32 Bundesländer.

Die Präsidentschaft von Claudia Sheinbaum (2024–2030) steht für zwei bedeutende Prozesse demokratischer Entwicklung in Mexiko. Zum einen wurde zum ersten Mal eine Frau in das höchste Staatsamt gewählt. Dies ist der sichtbarste Ausdruck der gestiegenen Beteiligung von Frauen in der Politik. Die Parität ist ein Verfassungsprinzip, das auf alle Ebenen von Wahlämtern und auf die Leitungsposten der öffentlichen Verwaltung Anwendung findet. Zudem werden heute 13 der Länder von Gouverneurinnen regiert. Diese Entwicklung ist Resultat der politischen Reformen und rechtlichen Veränderungen der letzten Dekade. Zum anderen konsolidiert die zweite, von der Regierungspartei Morena und zwei kleineren Koalitionsparteien getragene Regierung erklärterweise das Programm der »Vierten Transformation«. Im Narrativ von AMLO und Morena sind die angestrebten gesellschaftspolitischen Ziele auf der Grundlage eines Konzepts des »mexikanischen Humanismus« ebenso bedeutsam, wie die drei wichtigsten historischen Transformationen, die durch die Unabhängigkeit, dann durch die einem Bürgerkrieg folgenden republikanischen Reformen – wie die Trennung von Staat und Kirche – und schließlich durch die mexikanische Revolution in Gang gesetzt worden waren. Gleichzeitig wirken Sachverhalte, die einer Konsolidierung oder gar Vertiefung der Demokratie entgegenstehen. Korporative Politik, Korruption und Klientelismus prägen bis heute die mexikanische Politik. Hinzu kommen die Schwäche des Rechtsstaates sowie die wachsende und evidente gegenseitige Durchdringung von Politik, Staat und organisiertem Verbrechen sowie grundlegende Fragen im Bereich der Gewaltenteilung. Trotz Fortschritten existieren weiterhin zahlreiche soziale, ökologische und wirtschaftliche Probleme. Insgesamt aber, und nicht zuletzt auf Grund der historischen Erfahrungen mit den Vorgängerregierungen, unterstützt eine breite Mehrheit der Bevölkerung den jetzigen politischen Kurs, entweder als den überzeugendsten Weg ein gerechteres System aufzubauen oder zumindest als das geringere Übel. Sheinbaums Popularität liegt nach sechs Monaten bei um die 80 Prozent.

WIRTSCHAFTLICHE LAGE

Nach der Krise der Importsubstitution seit den späten 1970er Jahren, verschärft durch wiederholte Schulden- und Währungskrisen, führte der Abschluss des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens (NAFTA) 1994 und seines Nachfolgeabkommens T-MEC/USMCA 2020 zu einer engen Integration der mexikanischen, kanadischen und US-amerikanischen Wirtschaft. Die Öffnung der Wirtschaft reduzierte die Abhängigkeit von Rohstoffexporten, vor allem von Erdöl, und erlaubte die Entwicklung einer wettbewerbsfähigen verar-

beitenden Industrie, die mittlerweile 90 Prozent der Exporte darstellt. Das wirtschaftliche Wachstum war aber nur gering und lag in den letzten zwölf Jahren durchschnittlich bei unter 1,5 Prozent. Sowohl die OECD als auch die Weltbank und der IWF rechnen für 2025 mit einer Rezession. Mexiko ist mit einem Volumen von 617 Mrd. US-Dollar (2024) der größte Exporteur Lateinamerikas. 81 Prozent der Exporte gehen in die USA. Mit 15,5 Prozent der Importe ist Mexiko vor China der wichtigste Handelspartner der USA. Knapp 5 Prozent der Exporte (29 Mrd. US-Dollar) haben Europa zum Ziel, vor allem Deutschland (8 Mrd. US\$). China importiert mexikanische Produkte im Wert von nur zehn Mrd. US-Dollar, ist aber nach den USA (251 Mrd. US-Dollar) der zweitgrößte Exporteur nach Mexiko (130 Mrd. US-Dollar), weit vor der EU (rund 70 Mrd. US\$, Deutschland 21 Mrd.). Die EU ist nach den USA der zweitgrößte Investor in Mexiko.

Eine besondere Rolle spielt die Automobilindustrie, deren Anteil rund ein Drittel des Exportvolumens beträgt. Mexiko war 2024 mit fast vier Millionen Fahrzeugen fast gleichauf mit Deutschland (sechs) und Korea (fünf) der siebtgrößte Produzent der Welt. Die Autoindustrie steht für 36 Prozent der Exporte, 18 Prozent der verarbeitenden Industrie und für 4,7 Prozent des BIPs. Geschätzte 45 Prozent der Vorprodukte des Fahrzeugbaus stammen aus den USA und umgekehrt stammen in den USA 43 Prozent aus Mexiko. In Mexiko gibt es Montage- und Zulieferbetriebe aller großen Marken; aus Deutschland sind unter anderem Volkswagen, Audi, Mercedes, BMW, Bosch, ZF, Brose und Schaeffler vertreten. Die Automobilzulieferindustrie beschäftigt über eine Million Menschen direkt und war bislang der Hauptempfänger von Investitionsverlagerungen oder Nearshoring. Mexiko lieferte 2024 80 Prozent seiner Fahrzeugexporte in die USA, was zusammen mit Motoren und anderen Teilen einem Wert von 182 Mrd. US-Dollar entspricht.

Das exportorientierte Wirtschaftsmodell auf der Basis des nordamerikanischen Freihandelsabkommens wird durch die neue Zollpolitik der USA nun in Frage gestellt. Etwa die Hälfte der Exporte in die USA fällt aktuell unter das Abkommen und ist, nach dem von der Regierung der USA in Gang gesetzten Handelskrieg im April, zumindest vorerst, noch von Zöllen befreit, denn der intraregionale Fertigungsanteil liegt bei mindestens 75 Prozent. Dies betrifft zahlreiche Sektoren wie Landwirtschaft, Medizintechnik, Chemie, Textil und Schuhe sowie Maschinen, von denen laut dem Wirtschaftsministerium 10 Millionen Arbeitsplätze abhängen. Alle anderen Exporte wurden im März wie auch Stahl und Aluminium mit einem 25-prozentigem Strafzoll belegt, um das Land dazu zu zwingen, Migration und den Handel mit Fentanyl in die USA zu unterbinden. Die meisten dieser Exporte hatten zuvor unter dem Meistbegünstigungsprinzip eine Zollbelastung von rund 2,5 Prozent, so dass sich der bürokratische Aufwand der Zertifizierung nicht lohnte. Viele Firmen werden nun versuchen unter die Regelung des TMEC zu fallen. Dies könnte mittelfristig bei geschätzten weiteren 20 Prozent der Exporte gelingen, wenn Komponenten aus Drittstaaten, vor allem aus China ersetzt werden. Vielen Elektronikherstellern wird dies aber nicht möglich sein. Hart betroffen sind auch die Exporte von Fahrzeugen, die keinen regionalen Ferti-

gungsanteil von 75 Prozent aufweisen. Seit April gilt für zusätzlich zu den vorher existierenden 2,5 Prozent und dem 25-prozentigen Strafzoll weitere 25 Prozent, minus den Fertigungsanteilen, die aus den USA kommen. Wie die kumulativen Zölle bei Komponenten, die oft mehrmals die Grenzen überqueren ermittelt werden, ist bislang nicht bekannt. Kurz darauf setzte aber die Regierung der USA diese Regelung für drei Monate aus und verfügte einen neuen Zoll von zehn Prozent. Im Gegensatz zu Kanada reagiert die mexikanische Regierung bislang nicht mit eigenen Zöllen oder Auflagen, sondern versucht vorteilhafte Verhandlungsergebnisse mit dem Ziel einer Sonderstellung zu erzielen. Bisher war diese Strategie aus Sicht der Regierung erfolgreich und in den nächsten Monaten soll versucht werden, weiteren Zollsenkungen zu erreichen. Aber auch so existiert keine Sicherheit für Investitionen mehr, hat der US-amerikanische Präsident doch nicht nur angekündigt, dass Abkommen beseitigen zu wollen, sondern ändert bekanntlich auch kurzfristig seine Entscheidungen. Mexiko hat stark darauf gebaut, als Standort von der Verlagerung internationalen Lieferketten durch Nearshoring profitieren zu können. Allein auf Grund der Unberechenbarkeit der Zollpolitik der US-Regierung werden diese Investitionen aber bis auf Weiteres ausbleiben. Die Regierung versucht mit ihrem Wirtschaftsprogramm dem entgegenzuwirken. Unter anderem sollen die Importe aus China deutlich gesenkt, eine aktive Industriepolitik zum Aufbau nationaler Wertschöpfungsketten betrieben, parallel ein öffentliches Investitionsprogramm aufgelegt und so das Wachstum beschleunigt werden. Sollte die geplante Wirtschaftsförderungspolitik trotz unklarer Finanzierung Erfolg haben, besteht die Chance, mehr Vorproduktion und neue Kapazitäten für Innovationen im Land zu etablieren.

SOZIALE LAGE

Sheinbaum hat ein Land mit einer Vielzahl an Herausforderungen übernommen: hierzu zählt eine schwache Rechtsstaatlichkeit, die sich vor allem in einem mangelhaften Justizsystem und einer weit verbreiteten Straflosigkeit äußert, anhaltende Armut und Ungleichheit, wachsende Migrationsströme, Korruption und die Durchdringung des politischen Systems durch das organisierte Verbrechen, hohe Raten von Kriminalität und Tötungsdelikten sowie Verschwundenen. Mexiko ist eines der gewalttätigsten Länder der Welt. Unter den letzten drei Regierungen wurden 480.000 Menschen ermordet; allein unter der Regierung AMLO fast 200.000, darunter fast 5.000 Femizide. 115.000 Menschen werden vermisst und mehr als 72.000 Leichen wurden noch nicht identifiziert. Die meisten Verbrechen bleiben ungesühnt; auch die forcierte Militarisierung der öffentlichen Sicherheit hat hier keine Veränderung gebracht. Die Justizreform, in deren Zentrum die Direktwahl von Richtern auf Bundesebene und in der Hälfte der Bundesländer steht, wird die Lage noch mal verschärfen, indem die schon zuvor prekäre richterliche Unabhängigkeit in Frage gestellt und die Rolle der Justiz für eine funktionierende Gewaltenteilung ausgehebelt wird.

Rückblickend hatte die Regierung von AMLO für makroökonomische Stabilität gesorgt. Der Peso hatte sich gegenüber

dem US-Dollar und dem Euro stark aufgewertet. Seine Regierung verfolgte gleichzeitig eine Austeritätspolitik, die von Sheinbaum erklärterweise fortgesetzt wird. Unter AMLO kam es zu Kürzungen einer Vielzahl von Programmen im kulturellen und sozialen Bereich sowie im Gesundheitssektor. Das Gesundheitssystem der Vorgängerregierung wurde geschlossen, ein neues System ist im Aufbau. Millionen Menschen waren plötzlich von der Gesundheitsversorgung ausgeschlossen, was in der Pandemie dazu führte, dass in Mexiko die Übersterblichkeit eine der höchsten der Welt war. Parallel wurden neue Sozialprogramme eingeführt. Ab 2023 stiegen die Sozialausgaben deutlich an. 2024 schloss das Haushaltsjahr mit dem höchsten Defizit (5,7 Prozent) seit 2008 ab. Da Sheinbaum, wie ihr Vorgänger, bislang eine Steuerreform ausschließt, aber bei nicht ausreichenden Einnahmen auch die Verschuldung nicht weiter wie in den Vorjahren erhöhen möchte, wurden im Haushalt 2025 starke Kürzungen vorgenommen, insbesondere bei Gesundheit, Verteidigung und Sicherheit, Kultur, und Umweltschutz sowie Forschung, Technologie und Innovation – dieser Bereich ist auf seinem niedrigsten Niveau seit 2008. Zwar konnten Steuereinnahmen zwischen 2018 und 2023 real um 14,9 Prozent und im ersten Quartal 2025 gegenüber dem Vorjahr noch mal um fast 19 Prozent deutlich erhöht werden, insbesondere durch die Eintreibung von Steuerzahlungen von Großunternehmen. Allerdings beläuft sich Mexikos Steuererhebung auf nur knapp 15 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, was nicht nur der Hälfte des Durchschnitts der OECD-Länder entspricht, sondern auch eine der niedrigsten in Lateinamerika ist. Die Grundrente, die im letzten Regierungsjahr um 25 Prozent erhöht wurde, der Aufbau eines universellen Gesundheitssystems und andere Pläne, können kaum aus dem Steueraufkommen finanziert werden. Eine Steuerreform bleibt also auf der Tagesordnung.

Mehr als die Hälfte der fast 61 Millionen Erwerbstätigen – etwas mehr Frauen (55 Prozent) als Männer (54 Prozent) – sind im informellen Sektor tätig, der laut des nationalen Statistikamts INEGI rund 25 Prozent des BIP erwirtschaftet. Jedoch ist die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in den letzten Jahren stetig gestiegen und aktuell auf ihrem höchsten Stand. Nach offiziellen Daten aus dem Jahr 2020 galten 44 Prozent der Bevölkerung (56 Mio.) als arm, nur etwas weniger als ein Viertel als weder arm noch armutsgefährdet. Für 2022 wurde mit 36 Prozent und 47 Millionen Menschen ein deutlicher Rückgang vermeldet. Der Anteil der extremen Armut liegt mit 7,2 Prozent nur geringfügig unter dem von 2016 und betrifft etwa neun Millionen Menschen. Neben den Sozialprogrammen ist die Lohnpolitik seit der letzten Regierung, wie auch in Brasilien unter den ersten beiden Regierungen von Lula (2003–2010) und der von Rousseff (2011–2016), der wichtigste Grund für die Reduzierung der Armut. Der Mindestlohn wurde seit 2018 real mehr als verdoppelt. Neben einem Mindestlohn für den Norden (2025: 600 Euro) in den Anrainerstaaten zu den USA, existiert ein weiterer für den Rest des Landes (400 Euro). Darüber hinaus sind für 61 Berufe Mindestlöhne festgelegt worden, unter denen die Erhöhungen für Hausangestellte und Tagelöhner mit am höchsten waren. Auch die weiterhin niedrigen Durchschnittslöhne sind seit dem Regierungs-

wechsel 2018 tendenziell gestiegen, real um fast 30 Prozent (2024). Das Verbot der Leiharbeit im Jahr 2021, soweit es sich nicht um spezialisierte Dienstleistungen außerhalb des Betätigungsfeldes des Unternehmens handelt, führte dazu, dass nach Daten der Sozialversicherung (IMSS) rund drei Millionen Menschen direkt beschäftigt wurden und unmittelbar eine deutliche Verbesserung der Löhne, Arbeitsbedingungen sowie Sozialleistungen zu verzeichnen war. Anfang 2025 erhielten 41 Prozent der Beschäftigten ein Gehalt, das bis zu einem Mindestlohn entsprach, 70 Prozent von bis zu zwei Mindestlöhnen. Nur zehn Prozent der Erwerbstätigen hatten ein Einkommen von über fünf Mindestlöhnen.

Trotz Haushaltskürzungen wurden die Mittel für die Sozialprogrammen leicht erhöht. Ein großer Teil hiervon finanziert die universelle Grundrente für zwölf Millionen Menschen über 65 Jahre von aktuell 130 Euro. Auch 1,4 Mio. behinderte Menschen erhalten Leistungen. Hinzu kommt eine neue Grundrente für im ersten Jahr 1,2 Millionen Frauen zwischen 60 und 64 Jahren. Ein Arbeitsbeschaffungs- und Ausbildungsprogramm richtet sich an fast 3,2 Millionen junge Menschen mit einer monatlichen Unterstützung in Höhe von 360 Euro plus Sozialversicherung, ein mehrgliedriges Stipendienprogramm an elf Millionen Kinder und Studierende aus armen Haushalten. Für 434.000 Kleinbauern gibt es

ein weiteres Unterstützungsprogramm. Nach Regierungsangaben haben 70 Prozent aller Haushalte (25 Millionen) Zugang zu einem Programm und laut der Einkommensstatistik verfügen 36 Prozent der Haushalte über Einkünfte aus Sozialleistungen. Hinzu kommt ein im Wahlkampf versprochene Bauprogramm. In den sechs Jahren der aktuellen Regierung sollen eine Million Häuser für Haushalte mit geringen Einkommen errichtet werden.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Lange Zeit galt in Mexiko die sogenannte Politik des Arbeitsfriedens. Streiks wurden mit dem Argument, dass Arbeitskonflikte Arbeitslosigkeit verursachen und ausländische Investitionen hemmen, um jeden Preis vermieden. Das Land warb mit den komparativen Vorteilen niedriger Löhne und unternehmensnaher Gewerkschaften. Die unabhängigen Gewerkschaften waren schwach und die einst einflussreichen korporativen Gewerkschaften verloren Terrain an die sogenannten »Simulationsgewerkschaften«. Letztere waren fiktive Organisationen, die zwar über eine offizielle staatliche Registrierung verfügten, aber keine reale Verankerung in den Betrieben aufwiesen und den Unternehmen »Schutzverträge« anboten, mit denen Arbeitsfrieden, niedrige Arbeitskosten und der

Tabelle 1
Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in Mexiko

Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Confederación de Trabajadores de México, CTM (Bündnis der Arbeiter_innen Mexikos)	Generalsekretär: Carlos Aceves del Olmo (zehn Stellvertreter_innen) Internationale Sekretärin: Graciela Larios Rivas	1 173 Mitglieds- gewerkschaften	Alternativa Democrática Sindical (ADS)
Confederación Revolucionaria de Obreros y Campesinos, CROC (Revolutionäres Bündnis der Arbeiter_innen und Landwirt_innen)	Generalsekretär: Isaias González Cuevas Internationaler Sekretär: José del Valle	416 Mitglieds- gewerkschaften	ADS
Unión Nacional de Trabajadores, UNT (Nationale Arbeiter_innenunion)	Kollegialer Vorsitz: Francisco Hernández Juárez (STRM), Carlos Hugo Morales Morales (STUNAM, ASPA) Internationaler Sekretär: Benedicto Martínez (FAT)	200 Mitglieds- gewerkschaften	Internationaler Gewerkschaftsbund (IGB), Gewerkschaftsbund der Amerikas (CSA)
Confederación Regional Obrera Mexicana, CROM (Regionales Arbeiter_innenbündnis Mexikos)	Generalsekretär: Rodolfo Gerardo González Guzmán Internationaler Sekretär: Jesús Enrique Ramírez Pérez	341 Mitglieds- gewerkschaften	–
Confederación Autónoma de Trabajadores y Empleados de México (CATEM)	Generalsekretär: Pedro Miguel Haces Barba (Abgeordneter Morena) Internationaler Sekretär: Fernando Manuel Haces Barba	k. A.	–

Tabelle 2

Die wichtigsten Branchen- bzw. Einzelgewerkschaften in Mexiko

Branchenverband/ Gewerkschaft	Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Sindicato Nacional de Trabajadores de la Educación, SNTE (Nationale Gewerkschaft der Bildungsarbeiter_innen)	–	Generalsekretär: Alfonso Cepeda Salas Internationaler Sekretär: Francisco Javier Carretero Villanueva	1,6 Mio. (2017)	Bildungsinter- nationale (EI)
Sindicato Nacional de Trabajadores del Seguro Social, SNTSS (Nationale Gewerkschaft der Sozialversicherung)	–	Generalsekretär: Rafael Olivos Hernández Internationaler Sekretär: Gilberto Daniel Castillo García	443 000 (2021)	UNI
Sindicato de Telefonistas de la República Mexicana, STRM (Gewerkschaft der Telefonist_innen der mexikanischen Republik)	UNT	Generalsekretär: Ricardo Aldana Prieto Internationaler Sekretär: Leopoldo Torres García	63 000	UNI
Sindicato de Trabajadores Petroleros de la República de Mexicana, STPRM (Gewerkschaft der Erdölarbeiter_innen der mexikanischen Republik)	CTM	Generalsekretär: Ricardo Aldana Prieto Internationaler Sekretär: Daniel Aguado Rojas	92 000	–
Sindicato Independiente de Trabajadores de la Industria Automotriz Volkswagen, SITIAVV (Unabhängige Gewerkschaft der Arbeiter_innen der Autoindustrie Volkswagen)	UNT	Generalsekretär: Higo Tlalpan Luna Internationaler Sekretär: –	6 848	–
Sindicato de Trabajadores de la Industria Metal-Mecánica, Automotriz, Similares y Conexos de la República Mexicana, SITIMM (Gewerkschaft der Arbeiter_innen der Metall-, Auto-, ähnlichen und verwandten Industrie der mexikanischen Republik)	CTM	Generalsekretär: Alejandro Rangel Segovia Internationaler Sekretär: María Teresa Onofre Castro	64 909	IndustriALL
Sindicato Nacional de Trabajadores Mineros, Metalúrgicos y Similares de la República Mexicana, SNTMMSRM (Nationale Gewerkschaft der Bergbau-, Metall- und verwandten Industrie der mexikanischen Republik)	CIT	Generalsekretär: Napoleón Gómez Urrutia (Senador, Morena) Internationaler Sekretär: Sergio Beltrán Reyes	45 000	IndustriAll
Sindicato Único de Trabajadores Electricistas de la República Mexicana, SUTERM (Einheitsgewerkschaft der Arbeiter_innen im Elektrizitätssektor der mexikanischen Republik)	CTM	Generalsekretär: Victor Fuentes del Villar Internationaler Sekretär: Efrén Fuentes Ochoa	69 000	–
Sindicato de Trabajadores de la Industria Azucarera y Similares de la República Mexicana, STIASRM (Gewerkschaft der Arbeiter_innen der Zucker- und ähnlichen Industrie der mexikanischen Republik)	CTM	Generalsekretär: Lorenzo Pale Mendoza Internationaler Sekretär: Eleazar Rubio Villanueva	24 000	–

Schutz vor authentischer Interessenvertretung garantiert wurden. Diese Pseudotarifverträge wurden hinter verschlossenen Türen abgeschlossen. Die Belegschaft kannte deren Inhalte in der Regel nicht, oft noch nicht einmal die Existenz der Organisation, welche die Tarifverträge unterzeichnete und verwaltete. Diese Schutzverträge wurden zum prägenden Element der mexikanischen Arbeitsbeziehungen und machten nach Schätzungen bis 2019 ca. 85 Prozent der gesamten Tarifverträge in Mexiko aus. Trotz vieler Bemühungen kam eine Reform der von der Exekutive kontrollierten Arbeitsgerichtsbarkeit sowie des arbeitgebergeschützten Tarifverhandlungssystems, aber auch eine Demokratisierung der Gewerkschaften, jahrzehntelang nicht auf die politische Agenda. Auf Druck der ILO (Beschwerde 2694) und anderer internationaler und nationaler Akteure sowie insbesondere durch die Verhandlung eines neuen Handelsabkommens mit den USA und Kanada wurde 2017 schließlich eine Verfassungsänderung verabschiedet. Im darauffolgenden Jahr ratifizierte Mexiko das Übereinkommen 98 der ILO über Vereinigungsfreiheit und Tarifverhandlungen. Die aus der Verfassungsreform resultierende Reform des Arbeitsgesetzes von 2019 stellt die wichtigste rechtliche und institutionelle Umgestaltung der Arbeitsbeziehungen seit 1931 dar. Durch die Reform wurde ein neues, von der Exekutive unabhängiges Arbeitsgerichtssystem mit spezialisierten Richterinnen und Richtern eingeführt, das Ende 2022 im ganzen Land die Arbeit aufnahm. Eine neue dezentrale Einrichtung, das Bundeszentrum für Schlichtung und Registrierung am Arbeitsmarkt (CFCRL), wurde 2020 eingeweiht. Das Zentrum ist für die Schlichtung von Arbeitskonflikten, die Registrierung von Gewerkschaften und Tarifverträgen sowie die Durchsetzung der Versammlungsfreiheit sowie der internen Demokratie in den Gewerkschaften zuständig. Die Bündelung der Informationen in einer einzigen Institution hat dazu beigetragen, die Missstände bei der Verwaltung von Gewerkschaftsregistern und der Verheimlichung von Tarifverträgen zu beseitigen. Gewerkschaftsführungen werden nun gewählt sowie auf Standards für interne Demokratie und regelmäßige Rechenschaft verpflichtet. Unter anderem muss in den Vorständen das Verhältnis zwischen organisierten Frauen und Männern der Belegschaft abgebildet werden. Tarifverträgen müssen durch eine freie, persönliche, direkte und geheime Abstimmung der Belegschaften legitimiert werden. Der systemimmanente Verletzung von Gewerkschaftsrechten durch die Simulation gewerkschaftlicher Interessenvertretung und Schutzverträge zugunsten von Unternehmen wurde mit der Reform des Arbeitsrechts die Grundlage entzogen. Dies bedeutet nicht, dass die nun legitimierten Verträge lupenrein die Interessen der Beschäftigten widerspiegeln; allein die jahrzehntelange Existenz der Simulationsgewerkschaften spricht bis auf Weiteres für ein partielles Fortbestehen alter Praktiken.

GEWERKSCHAFTEN IN MEXIKO – FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Die mexikanische Gewerkschaftsbewegung ist durch ihr korporatistisches Erbe und ihre Unterordnung unter die Interessen des Staates bzw. der PRI-Partei sowie durch den

Mangel an interner Demokratie gekennzeichnet. Dies wurde als ein wichtiges Hindernis für die demokratische Konsolidierung des Landes angesehen. Die Einführung eines neoliberalen Wirtschaftsmodells nach der schweren Finanz- und Wirtschaftskrise von 1982 veränderte das Gewicht der Systemgewerkschaften. Die Dachverbände CTV (Confederación de Trabajadores de México), CROC (Confederación Revolucionaria de Obreros y Campesinos) und CROM (Confederación Regional Obrera Mexicana) verloren an politischem Einfluss. Gleichzeitig breiteten sich unter aktiver Mitwirkung der Regierung des konservativen Präsidenten Vicente Fox (2000–2006) unternehmensnahe, sogenannte »gelbe« Gewerkschaften massiv aus. Parallel entwickelten sich aber auch alternative Gewerkschaftsmodelle: Der sogenannte »Arbeiteraufstand«, als Reaktion auf die neoliberale Wirtschaftspolitik, führte zu einer »unabhängigen« Gewerkschaftsbewegung, die mit den korporativen Gewerkschaftsführungen brach und versuchte, sich von der staatlichen Kontrolle zu befreien. Ihre wichtigste Organisation ist die 1997 gegründete Unión Nacional de Trabajadores (UNT), die allerdings auf einige wenige Sektoren beschränkt ist. Sie vereint Dienstleistungssektoren und ländliche Organisationen, aus denen die Frente Sindical Campesino y Social entstand. In der verarbeitenden Industrie hat sie hingegen wenig Einfluss; dort haben sich die Gewerkschaften von VW Puebla, Audi, der Autoteilekonzern SEGLO Mexico, STIMACHS und Mahle sowie die des Bergbausektors, Stahl und Eisen in dem Verband FESIAAAN zusammengeschlossen, der jedoch weitgehend funktionsunfähig ist.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

Laut Arbeitsministerium existieren in Mexiko gegenwärtig rund 3400 registrierte Gewerkschaften, hierunter 47 Dachverbände und 532 Verbände. Etwa 20 Prozent der Beschäftigten im formellen Sektor sind durch einen Tarifvertrag abgedeckt. Über 30 000 Tarifverträge, die insgesamt 7,2 Millionen Arbeitnehmer_innen abdecken, wurden mit der Neuregulierung der Arbeitsbeziehungen registriert, wodurch über 139 000 alte, in der Regel Schutzverträge ausgelaufen sind. Nach offiziellen Angaben lagen die Löhne in Unternehmen, in denen Gewerkschaften ihren Tarifvertrag legitimiert haben über denen in Unternehmen, in denen dieser Prozess bislang nicht umgesetzt war. Es ist zu vermuten, dass der gewerkschaftliche Organisationsgrad mittelfristig steigen wird, da sich die Belegschaften in vielen Unternehmen, in denen die alten Verträge ausgelaufen sind, künftig organisieren werden.

Die größte und stärkste Gewerkschaft im öffentlichen Sektor ist die Bildungsgewerkschaft mit einer landesweiten Präsenz. Im Gegensatz dazu ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad im Bausektor minimal. Der Organisationsgrad unterscheidet sich von Betrieb zu Betrieb und ist nicht notwendigerweise unternehmensspezifisch. Auch dies ist ein Resultat der Schwächung der Gewerkschaftsbewegung und der Strategie der Prekarisierung von Tarifverträgen vor der Reform. Kennzeichnend für die Gewerkschaftsbewegung sind ihre Zersplitterung und die fragmentierten Tarif-

verhandlungen. Eine gemeinsame Agenda oder Strategie zur Bekämpfung gemeinsamer Probleme und Herausforderungen existiert nicht. Die großen korporativen Verbände und die ihnen angeschlossenen Gewerkschaften stehen der PRI weiterhin nahe, aber die Bindungskraft verliert sich. Die CTM hat ihre Statuten geändert und ihre formale Anschlussklausel an die PRI abgeschafft, aber de facto bleibt das Bündnis bestehen. Die CTM ist der Gewerkschaftsdachverband mit dem höchsten Organisationsgrad im Land, gefolgt von anderen Gewerkschaftsdachverbänden der gleichen politischen Ausrichtung, der CROC und der CROM. Die CTM vertritt laut eigenen Angaben 38 Prozent der Gewerkschaften und ist in den strategisch wichtigsten Wirtschaftssektoren wie der Elektrizitäts-, Erdöl-, Bergbau-, Automobil-, Fertigungs-, Verkehrs- und Tourismusindustrie zu finden. Die CROC (Confederación Revolucionaria de Obreros y Campesinos) vertritt 11,5 Prozent der Gewerkschaften. Die Gewerkschaften in den Automobilfabriken sind zu 70 Prozent der CTM angeschlossen, ein kleinerer Prozentsatz sind unabhängige Gewerkschaften (VW, Audi und Nissan). Die Zulieferer sind größtenteils der CTM und der CROM angeschlossen, insbesondere bei den Zulieferern der dritten Ebene und in der Elektronikverarbeitung. Im Allgemeinen sind die Beschäftigten kleinerer und mittlerer Unternehmen nicht gewerkschaftlich organisiert.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Die Ausübung des Streikrechts setzt das Bestehen einer Gewerkschaft voraus. Gewerkschaften können sich ab 20 Beschäftigten auf Betriebsebene, in Unternehmen, nach Branchen, auf nationaler Ebene, in Gremien oder in Berufsverbänden organisieren, auch als Industriezweig. Ein Gewerkschaftsverband kann durch mindestens zwei Gewerkschaften gegründet werden, während ein Gewerkschaftsdachverband aus einem Zusammenschluss von drei oder mehr Verbänden besteht. Seit der Reform 2019 bestehen keine rechtlichen Hindernisse mehr, welche die freie gewerkschaftliche Organisation behindern könnten. Jedoch werden die Praktiken, die durch die Reform des Arbeitsgesetzes eigentlich abgeschafft wurden, solange fortwirken, bis die Beschäftigten ihre neuen Rechte auch faktisch wahrnehmen. Es wird noch Zeit in Anspruch nehmen, bis alle Beschäftigten ausreichend informiert sind, Rechenschaftspflicht einfordern und die bisher bestehenden Kontrollpraktiken und Druckmechanismen ihre Wirkung verlieren, etwa dass mit der Wahl einer neuen Gewerkschaft bereits tariflich vereinbarte Ansprüche verloren gehen oder Entlassungen drohen. Solange dies nicht der Fall ist, wird die Demokratisierung gewerkschaftlicher Organisation verzögert und die Aufrechterhaltung prekärer Arbeitsbedingungen durch Unternehmen begünstigt. Die demokratisierenden Effekte der Reformen werden sich aber in einigen Jahren durch die Wiederholung von Tarifverhandlungen und Abstimmungen, den verbesserten Informationsstand der Beschäftigten sowie einem aus diesen Routinen entstehenden Beispielcharakter erfolgreich verhandelter Verträge zunehmend zeigen. Ein externes Druckmittel stellt dabei der »schnelle Beschwerdemechanismus« (MLRR) des T-MEC-Handelsabkommens dar, der zur

Lösung von Kontroversen über die Verletzung von Standards zwischen den Mitgliedsländern angerufen werden kann. Dies ist etwa der Fall, wenn exportierende Unternehmen in Komplizenschaft mit gelben Gewerkschaften die Vereinigungsfreiheit und freie Tarifverhandlungen einschränken. Seit 2021 und bis Anfang 2025 wurden 32 Fälle präsentiert, 25 erfolgreich abgeschlossen, d.h. dass dort wo versucht wurde, korrekte Prozeduren zu umgehen, diese schließlich umgesetzt wurden. Dadurch sind auch unabhängige Gewerkschaften entstanden, die neue Tarifverträge durchsetzen konnten, etwa SINTTIA (General Motors Silao) oder die Liga Sindical Obrera Mexicana. Letztere hat durch die Aktivierung des MLRR in drei Unternehmen ihren Vertretungsanspruch und Tarifverträge durchgesetzt (VU Manufacturing, 3M Purification, Goodyear). Den USA geht es vor allem darum Sozialdumping zu vermeiden, im Blick sind auch die im Vergleich niedrigen Löhne, als einer der Ursachen der Migration in die USA.

Ein generelles Problem stellt der niedrige Organisationsgrad und die dadurch fehlende Verhandlungsmacht dar. Einer der Gründe hierfür liegt in der Beschränkung auf den Aktionsradius des Betriebs. Eine weiterhin existierende Praxis – obwohl das Gesetz dies ausdrücklich untersagt – ist die Einmischung von Unternehmen in Gewerkschaftsangelegenheiten, worunter auch die Förderung von gelben, unternehmensnahen Gewerkschaften fällt. Ein Wandel der Unternehmenskultur wird hier noch Zeit in Anspruch nehmen, allerdings erlaubt es die Reform schon jetzt, Kollusionen durch neue Akteure zu beseitigen. Das bekannteste Beispiel hierfür ist das Montagewerk von General Motors in Silao, im Bundesstaat Guanajuato, in dem die Einmischung des Unternehmens in die Gewerkschaftswahl öffentlich gemacht und der Beschwerdemechanismus in Gang gesetzt wurde. Infolgedessen forderte der Handelsbeauftragte der Vereinigten Staaten (USTR) die mexikanische Regierung auf, zu prüfen, ob den Beschäftigten das Recht auf Vereinigungsfreiheit und Tarifverhandlungen verweigert worden sei. Zudem wurde das US-Finanzministerium angewiesen, die Verrechnungen der Exporte des GM-Werks auszusetzen. Die Abstimmung wurde daraufhin Anfang 2022 wiederholt und eine neue unabhängige Gewerkschaft (SINTTIA) ersetzte mit 76 Prozent der Stimmen die CTM-Gewerkschaft, die zuvor zwei Dekaden in dem Werk mit etwa 6 000 Beschäftigten den Tarifvertrag verhandelt hatte und beschuldigt worden war, hierbei mit dem Arbeitgeber zusammenzuarbeiten.

Das Arbeitskapitel des T-MEC, das von Mexiko ratifizierte ILO-Übereinkommen Nr. 136 über das Mindestalter und die Regelung der Kinderarbeit sowie ein entsprechendes Bundesarbeitsgesetz erlauben es Jugendlichen über 15 und unter 18 Jahren nur mit Erlaubnis ihrer Eltern und Genehmigung der zuständigen Behörde, Arbeit aufzunehmen. Trotzdem existiert Kinderarbeit in Mexiko: Das Statistikamt kommt auf Basis einer Erhebung für 2023 auf über 1,8 Millionen Kinder und Jugendliche bis 17 Jahre (6,4 Prozent der Altersgruppe). Drei von fünf dieser Kinder arbeiten in der Landwirtschaft sowie im Bergbau. Das Thema steht derweil nicht auf der Tagesordnung der Gewerkschaften. Arbeitgeber halten die Gesetze nicht ein und die unzureichende Arbeitsaufsicht

kann nicht verhindern, dass die Kinderarbeit auf den Feldern und Minen Mexikos bis auf Weiteres bestehen bleibt.

Mexiko hat die acht grundlegenden ILO-Übereinkommen, darunter die Abkommen 87 und 98 (Vereinigungsfreiheit und Kollektivverhandlungen) sowie das Abkommen 190 (über die Beseitigung von Gewalt und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz) ratifiziert.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben

Tarifverhandlungen finden in der Regel auf Betriebs- und selten auf Unternehmensebene statt. Die Atomisierung der Tarifverhandlungen verstetigt prekäre Arbeitsbedingungen und Löhne sowie schwache Gewerkschaften. Zwar existieren Tarifverhandlungen auch auf Branchenebene, von denen aber nur noch sieben existieren (Textilindustrie, Wolle, Strickwarenbranche, Zucker- und Alkoholindustrie, Kautschuk verarbeitenden Industrie, TV- und Radiobranche). Die Gewerkschaftsbewegung ist organisatorisch und politisch stark zersplittert. Obwohl von ähnlichen Problemen betroffen, bestehen keine einheitlichen Forderungen der Gewerkschaften, etwa nach Lohnerhöhungen oder besseren Arbeitsbedingungen. Weder in ihren Satzungen noch in der Agenda führen die Gewerkschaften und Gewerkschaftsdachverbände die Organisation informell Beschäftigter auf. Die Hausangestellte waren bis vor kurzem die einzige Gruppe, deren Arbeitsrechte anerkannt sind (Juli 2020). Die Gewerkschaft Sindicato Nacional de Trabajadoras del Hogar (SINACTRAHO) war die erste dieses Sektors. Der Organisationsgrad ist jedoch niedrig und es existiert kein Tarifvertrag. In Folge wurde mit der Corona-Pandemie die Bedeutung der Beschäftigten der digitalen Plattformen deutlich. Heute gibt es mehrere Gewerkschaften (UNTA, SICONVESE) in diesem Sektor. Mit Hilfe der FES wurde ein Forderungskatalog zur Regulierung der Arbeitsbedingungen ins Parlament eingebracht und unter der aktuellen Regierung ein Gesetz verabschiedet, welches viele der Forderungen aufgegriffen hat. Die Plattformarbeit wird nun einer abhängigen Beschäftigung gleichgesetzt, Tarifverhandlungen unter bestimmten Bedingungen ermöglicht und damit auch den Zugang zur Sozialversicherung eröffnet.

Die mexikanische Gewerkschaftsbewegung steht vor der schwierigen Herausforderung, ihre strukturelle Zersplitterung zu überwinden und Schritte in Richtung gewerkschaftlicher Einheit zu unternehmen. Die Arbeitsrechtsreform eröffnet die Chance, Glaubwürdigkeit, Ansehen und Präsenz in der öffentlichen Diskussion über Fragen der Arbeitswelt zurückzugewinnen. Intern müssen die Gewerkschaften demokratische Praktiken normalisieren und die Beteiligung der Mitglieder an Diskussionen und Entscheidungen über wichtige Gewerkschaftsfragen ausweiten. Die wichtigste Herausforderung wäre jedoch, Tarifverhandlungen auf Branchenebene zu organisieren, um die Verhandlungsmacht zu erhöhen und zu einer Umverteilung der wirtschaftlichen Leistung beizutragen. Weitere wichtige politische Ziele sind die Stärkung der Autonomie der Gewerkschaften, die Erarbeitung einer gewerkschaftlichen Agenda mit Vorschlägen

zur Gestaltung der Digitalisierung der Arbeitswelt sowie gewerkschaftliche Bildungsarbeit, um die derzeitige Gewerkschaftskultur zu verändern.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist niedrig, ebenso das Vertrauen der Bevölkerung in die Gewerkschaften. Die Geschichte des Korporatismus, der Schutztarifverträge und der Simulations-gewerkschaften wiegt schwer. Das Image der Gewerkschaften ist von Korruption und konspirativen Beziehungen zu den Arbeitgebern geprägt, gerade in strategischen Sektoren wie der Elektrizitätswirtschaft, dem Erdölsektor, dem Bildungswesen und dem Bergbau. Hinzu kommt, dass viele Gewerkschaftsführungen über Jahrzehnte im Amt waren und eine Erneuerung nicht zuließen. Der politische Einfluss, den die korporativen Gewerkschaften einst unter den PRI-Regierungen hatten und der dazu beigetragen hat, dass es in Mexiko ein Sozialversicherungssystem gibt, ist seit Langem verloren gegangen. Die Gewerkschaften spielen auf der politischen Agenda keine Rolle mehr. Die Gewerkschaftspolitik ist defensiv, nicht proaktiv. Die wichtigsten Änderungen bei den Arbeitsbedingungen, bei der Anhebung des Mindestlohns sowie bei neuen Verordnungen, etwa über die Regulierung der Leiharbeit oder von Homeoffice, sind auf politische Initiativen der Regierung zurückzuführen. Streiks sind das Ergebnis von Arbeitskonflikten am Arbeitsplatz und nicht von sozial- oder wirtschaftspolitischen Positionierungen. Nur noch wenige Gewerkschafter sind heute im Kongress vertreten. Die korporativen Gewerkschaften sind nach wie vor an den Vertretungsräten des Sozialversicherungssystems (IMSS, INFONAVIT, FONACOT) und in der Nationalen Mindestlohnkommission (CONASAMI) beteiligt, was jedoch eher symbolischer Natur ist. Die Arbeitsrechtsreform bietet die Chance, ihre Bedeutung in den Betrieben zu stärken, aber auch Präsenz in der politischen Sphäre zurückzugewinnen.

Yesko Quiroga, Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Mexiko

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Lateinamerika und Karibik | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:
Ulrich Storck, Referent für Brasilien, Uruguay,
Gewerkschaften und Handel
ulrich.storck@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.